



Inklusionsfreie Zone

Der von Scheuerl bis Senator Rabe postulierte „Schulfrieden“ hält Gymnasien aus der Reformbeteiligung heraus

Es ist unter Pädagogen und Bildungswissenschaftlern, die sich mit Inklusion beschäftigen, völlig unstrittig, dass die Inklusionskraft einer Lerngruppe mit den sozialen und kognitiven Kompetenzen der beteiligten Schüler steigt und eine wichtige Gelingensbedingung für Inklusion ist.

Deshalb ist es pädagogisch völlig unverständlich, dass die Gymnasien in Hamburg als einzige Schulform von der Verpflichtung zur Inklusion vollständig freigestellt werden. Stattdessen sollen die Stadtteilschulen im Bereich der weiterführenden Schulen diese Aufgabe alleine bewältigen, obwohl an sehr vielen Stadtteilschulen die Inklusionskraft der Lerngruppen außerordentlich niedrig ist.

Der Grund für diesen scheinbaren Widerspruch liegt in dem selbst auferlegten Bekenntnis

der Regierungspartei zum *Schulfrieden*.

Die Formel vom Schulfrieden ist inzwischen der zentrale Kampfbegriff der Hamburger Gymnasiallobby, personifiziert in dem CDU-Abgeordneten und Schulausschuss-Vorsitzenden Herrn Scheuerl. (Siehe auch S. 45 dieser Ausgabe)

Dieser *Schulfrieden* beinhaltet als Kern die Unantastbarkeit der gymnasialen Privilegien: Das Recht auf Selektion anstelle der Pflicht zur Inklusion sowie die damit verbundene soziale Abschottung gegenüber den Schmuttelkindern der Gesellschaft.

Deshalb wird es den Gymnasien frei gestellt, ob sie Inklusion betreiben wollen oder nicht.

„Künftig soll ... die Möglichkeit eröffnet werden, dass geeignete Gymnasien auf Beschluss ihrer Schulkonferenz auch dann

Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterrichten können, wenn diese die Leistungsstandards nicht erreichen.“ (Presseerklärung des Schulsenators vom 23.11.11)

In der Wirtschaft gibt es ein interessantes Modell, das man auf die Schulen übertragen könnte. Ein Betrieb, der keine oder zu wenig Menschen mit Behinderung beschäftigt, zahlt eine entsprechende Geldsumme in einen Ausgleichsfonds. So etwas ähnliches gibt es bereits im Schulbereich in Bezug auf die Ausbildung von Referendaren: Schulen, die nicht ausbilden, werden entsprechende WAZ abgezogen.

Beide Modelle zu kombinieren hieße: Schulen, die keine oder unterdurchschnittlich wenige Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf beschulen, zahlen eine entsprechende Ausgleichsabgabe zur Finanzierung der Inklusion in den anderen Schulen.

Ach so, hatte ich ganz vergessen, geht ja nicht: es gilt ja der *Schulfrieden*.

PIT KATZER, stv. Schulleiter
der Erich Kästner Schule

„Baustelle Inklusion“

Viele Betroffene konfrontierten auf der GEW-Veranstaltung Senator Rabe mit der Alltagswirklichkeit

Am 14.11. führte die GEW eine Diskussions- und Informationsveranstaltung zur Situation an den Stadtteilschulen durch. Mehr als 400 Betroffene kamen in die Stadtteilschule Winterhude. Senator Rabe stellte sich den Fragen.

In seiner Begrüßung wies der GEW-Landesvorsitzende Klaus Bullan darauf hin, dass das

Hamburger Modell der I- und IR-Klassen für die Umgestaltung der Schullandschaft in ein inklusives Bildungssystem bundesweit Vorbildcharakter hat. Hieran müssen sich die neuen Pläne des Senats orientieren. Inklusion ist nicht zum Billigtarif zu haben.

In ihrem Impulsreferat verwies Frau Prof. Dr. Birgit Herz,

Leibniz Universität Hannover, auf den Gegensatz von Inklusionsrhetorik und Inklusionsrealität hin. Hier zeige sich das Dilemma einer verfehlten Bildungs- und Sozialpolitik.

Im Bestreben, demokratische Grundwerte für alle SchülerInnen zu verwirklichen und die Teilhabe von Menschen mit Behinderung voranzutreiben, entstanden die ersten integrativen Schulversuche vor knapp 30 Jahren. Jetzt dominiert ein naiver inklusionspädagogischer Ansatz. Gesellschaftliche Bedingungen von Exklusion wie Armut wer-



den nicht beachtet. Schulorganisation steht scheinbar wertfrei im Vordergrund. Aber Bildung vollzieht sich nicht in einem herrschafts- und interessenlosen Feld, sondern pädagogisches Handeln vollzieht sich unter sozioökonomischen Bedingungen, die den Hintergrund für Integrations- und Ausgrenzungsprozesse bilden. Ökonomisierung und Privatisierung von Bildung führen zum Sinken der Staatsausgaben im Bildungssektor, zur Vertiefung der sozialen Ungleichheit im Zugang zu Wissen und zur Trennung von SchülerInnen nach Herkunft. Die allgemeinen Schulen konkurrieren um „gute“, d.h. leistungsfähige und verhaltensunauffällige, Schüler, um ein günstiges Ranking zu erreichen.

Werden zukünftig alle SchülerInnen mit Auffälligkeiten im Lernen, in der Sprache und im Verhalten, oft in Verbindung mit Migrationshintergrund, in der Stadtteilschule aufgenommen, dann hat diese Schulform gegenüber dem Gymnasium verloren. Wer in diesem Zusammenhang sozioökonomische Lebenslagen ausklammert, der verstärkt Exklusion, obwohl er der Inklusion das Wort redet.

Die biografischen Notlagen, die Schwierigkeiten und Lebensbelastungen der SchülerInnen müssen Berücksichtigung finden und dürfen nicht in einer pauschalen „auskömmlichen“ Ressource untergehen. *„Den katastrophalen Auswirkungen emotionaler Verletzung und Verstörung durch physische, psychische und materielle Vernachlässigungen, Gewalterfahrungen und dysfunktionalen Familiensystemen wird ein ‚one size fits all‘ sicher nicht gerecht.“* Birgit Herz wendet sich gegen ein Mehrklassensystem innerhalb der behindertenpädagogischen

Förderschwerpunkte. Es ist in keiner Weise zu rechtfertigen, dass LSE-Kinder keinen Rechtsanspruch auf eine intensive (sonder)pädagogische Förderung haben. *„Der Verdacht liegt nahe, dass hier ‚Inclusive Education‘ zur ‚Low Cost Education‘ pervertiert wird. Es fällt gar nicht mehr auf, dass und wie an dieser Zielgruppe gespart wird.“* Birgit

pädagogInnen, unterstützt von Eltern und anderen Gästen, die drängenden Fragen zur Inklusion in den Schulen. Man merkte, wie belastend der Alltag in den Schulen unter den Bedingungen der neuen Inklusion ist. Die TeilnehmerInnen forderten: Fortbestand der I- und IR-Klassen, Wahrung der sonderpädagogischen Standards, gleichwertige

Foto:Stefan Gierlich



Trotz intensiver Arbeitsgruppen-Mühe: Die offenen Fragen drücken

Herz sprach aus, was viele der Teilnehmenden tagtäglich erleben: *„Ich befürchte, dass die aktuell propagierte Inklusionspolitik ein willkommenes strategisches Manöver ist, von den eigentlichen Problembereichen abzulenken. Pointierter formuliert: Inklusion kommt unter dem Druck der Senkung öffentlicher Bildungs- und Sozialausgaben gerade Recht!“*

Anschließend diskutierten die SozialpädagogInnen, ErzieherInnen und TherapeutInnen, Grundschul-, Stadtteil-, BerufsschullehrerInnen und Sonder-

Einbeziehung der Gymnasien in Inklusion, eine Obergrenze für SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Klassen der allgemeinen Schule, unterschiedliche Organisationsformen für Inklusion (z.B. streaming), Senkung der Klassenfrequenzen in Inklusionsklassen, umfängliche und differenzierte Elternberatung, Zeit und Unterstützung für Konzeptarbeit, Veränderung der Lehrerbildung, -fortbildung und -weiterbildung unter dem Gesichtspunkt Inklusion, Rechtssicherheit bei der Schulbegleitung, Stärkung der STS, ausreichende Ressourcen,



INKLUSION: ACHT

ausreichende Differenzierungs- und Therapieräume, Erhalt der Beratungsdienste, eine umfangreiche Arbeitsplatzbeschreibung für SonderpädagogInnen, SozialpädagogInnen, ErzieherInnen, TherapeutInnen in der Inklusion, feste multiprofessionelle Teams, ausreichende Teamzeiten für die multiprofessionellen Teams, neue Zeugnisformulare, Fortbildung in der Arbeitszeit, andere Abschlussmöglichkeiten für zieldifferent geförderte SchülerInnen, ein Grundsatzreferat Inklusion für alle Schularten.

Diese Fragen und Forderungen waren Grundlage für die Podiumsdiskussion, an der neben Prof. Dr. Birgit Herz, Schulsenator Ties Rabe, Dr. Christian Benner von der Elternkammer sowie Pit Katzer, stellv. Schulleiter der Erich-Kästner-Stadteilschule teilnahmen.

Schulsenator Rabe hatte an diesem Tag Geburtstag. Wir danken ihm, dass er trotzdem zu dieser Veranstaltung gekommen ist. Die TeilnehmerInnen sangen ihm ein Ständchen: „Viel Glück und viel Segen auf all deinen

Wegen“. Leider wurde dieser Wunsch im Hinblick auf das Thema Inklusion nicht erfüllt. Seine Eckpunkte zur Inklusion wurden als wenig segensreich für das Hamburger Schulwesen aufgefasst. Vor seiner Pressekonferenz wollte oder konnte (?) er sich nicht konkret äußern. Das führte zu zahlreichen Unmutbekundungen im Plenum und auf dem Podium. Senator Rabe hatte Anfang November gesagt, Hamburgs Stadteilschulen seien eine starke Alternative zu den Gymnasien. 14 Tage später lässt er

Anpassungspädagogik

Hohe Risiken einer zunehmenden Desintegration von Kindern und Jugendlichen werden durch Billigmodelle der Inklusion geschaffen

Hamburg reagiert auf die Ratifizierung der UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung 2009 mit der vom Senat politisch gewollten Implementierung eines inklusiven Schulsystems. Orientierungsgrundlage sind bildungsbezogene Entwicklungen in anderen Bundesländern, wissenschaftliche Gutachten und die vorhandenen Haushaltsmittel.

Mit Blick auf die derzeitigen Veränderungsprozesse in der Bundesrepublik Deutschland in Richtung eines inklusiven Bildungssystems muss allerdings auf der Grundlage vorliegender empirischer Forschungsergebnisse festgestellt werden, dass die bisherigen „Reformen“ zu einer drastischen Reduzierung sonder- und integrationspädagogischer Standards geführt haben. Das heißt, der Aufwand an inklusiver Symbolpolitik, Kommunikations- und Marketingstrategien verschleiern, dass diese Inklusionspädagogik „light“ weit hinter die Errungenschaften der Integrationspädagogik zurückfällt, interessante Formen von Schultourismus bewirkt sowie Kostenverlagerungen in Richtung Kinder- und Jugendhilfe verantwortet. Mit dem Rückgriff auf semiakademische Prosa, einer Flut an Gutachten und Erklärungen werden reale Einsparungen und Kürzungen im gesamten Bildungsbereich verschleiert. Diese „discourse dissemination“ trägt wesentlich

dazu bei, den betroffenen SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern gegenüber – also den Akteuren im Feld der Bildung – drastische Ressourcenreduzierungen unter dem Deckmantel der Fortschrittlichkeit und Innovationsbereitschaft durchzusetzen.

Zur Schwächung möglicher Widerstandsformen empfiehlt die Bertelsmann-Stiftung in ihrer Schrift: „Kunst des Reformierens“ – eine Art Anleitung, Reformen gegen den Willen der BürgerInnen und Betroffenen durchzusetzen – einen geschickten Partizipationsstil und: Reformprogramme seien „unter Reduktion der Beteiligung von Interessengruppen“ zu entwickeln, sodann diese zwar anzuhören, nicht jedoch, um die Sache zu diskutieren, sondern um die „Legitimität der Reform“ zu steigern und „Widerstände“ zu vermindern.

Oberstes Ziel ist dabei die Anpassung an das von der OECD geforderte Kompetenz-Konzept. Dabei umfasst das Kompetenz-Verständnis der OECD die funktionale Fähigkeit des Menschen, sich an die ökonomischen Erfordernisse flexibel anzupassen.

Bildung in der Bundesrepublik Deutschland war und ist geprägt von einem Menschenbild, das sich am Grundgesetz orientiert, eine Anpassungspädagogik verbietet sich per se. Gleichwohl finden derzeit durch die Ökonomisierung von Bildung und Erziehung genau jene Anpassungsprozesse statt – die Pro-

TUNG BAUSTELLE!



sie bei der Inklusion alleine. Die Gymnasien werden nicht in die Pflicht genommen. Senator Rabe stellte kein Gesamtkonzept vor. Eltern- und Schulvertreter waren zu Recht frustriert. Senator Rabe hatte einen Bundesgenossen: die Deutsche Bahn. Frau Prof. Dr. Birgit Herz musste ihren Zug nach Hannover noch erreichen, obwohl ihr angesichts der Ausführungen des Senators der Kragen platzte.

So blieb es für alle bei einem frustrierenden Erlebnis: Der Senator hatte keine schöne



Tu was, Herr Senator!

Geburtstagsfeier und die TeilnehmerInnen der Tagung waren empört, dass ihre Meinung nicht ernst genommen wird. Die Begeisterung für den Plan des Senators war gleich null. Jetzt kommt es darauf an, ihm zu zeigen, was wir wirklich wollen.

STEFAN ROMEY
stv. Schulleiter Schule Probenweg

pagierung einer inklusiven Schulpolitik kommt da gerade Recht!

Die Reduzierung von Qualitätsstandards wird dabei ebenso billigend in Kauf genommen wie die Verschärfung der Exklusion einer bestimmten SchülerInnengruppe: Kinder und Jugendliche aus schwierigen Lebenslagen, die zu den Schwierigen geworden sind. Zählten sie schon bei der Integration zu IntegrationsverliererInnen, so werden sie bei nochmaliger Absenkung der Förderressourcen in der „Inklusiven Schule“ gänzlich aus dem Bildungs- und Erziehungssystem gedrängt – was folgt, ist die beschämende Kriminalisierung. So wurde in Großbritannien exakt für diese Zielgruppe der „Anti-Social-Behaviour-Act“ eingeführt, die Vorstufe zur Jugendstrafanstalt.

Eine inklusive Schulpädagogik und Kommunalpolitik scheint in den skandinavischen Ländern professionell umgesetzt zu werden; als Glanzlicht wird vor allem Finnland gepriesen. Dabei wird nur allzu oft unterschlagen, dass an 60% aller finnischen Schulen nur etwa 30 SchülerInnen unterrichtet werden und Schulgrößen deutscher Gesamtschulen nicht existieren. Auch wird unterschlagen, dass Finnland 6 unseren Schulen für Erziehungshilfe entsprechende Sonderschulen für etwa 60 Schüler vorhält – eine Art Kleinstheimsonderschule –, 6 Kleinstschulen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie für etwa 30 SchülerInnen bestehen sowie 3 geschlossene Unterbringungen für etwa 30-40 Heranwachsende. Ich plädiere nicht für solche segregierende Institutionen, will aber deutlich machen, dass auch *das* Vorzeigeland für „inclusive education“ für eine bestimmte Zielgruppe,

nämlich schwer „ver“- und „ge“-störte Kinder und Jugendliche, professionelle Unterstützungssysteme unterhält, und zwar mit fachlich hoch qualifizierten interdisziplinär arbeitenden SonderpädagogInnen, PsychologInnen und Kinder- und JugendpsychiatrInnen.

In der Inklusionsrhetorik kommen diese SchülerInnen mit massiven Verhaltensproblemen allenfalls als ordnungspolitisches Problem in der öffentlichen Debatte vor. Das ist dann aber weder Inklusion noch Integration, sondern Exklusion auf dem Rücken von Kindern, Jugendlichen, LehrerInnen und Eltern. Die zunehmende Deckelung der Ausgaben im Bereich der Hilfen zur Erziehung wird diese Entwicklung noch zusätzlich verschärfen!

Die systematische Deprofessionalisierung der ersten und zweiten Phase der Sonder- und RegelschullehrerInnenbildung in Hamburg, das Vorenthalten einer anspruchsvollen Fort- und Weiterbildung für die ohnehin schon komplexen Anforderungen in den Schulen entspricht exakt dem Zeitgeist der OECD. Was zählt, ist der Markt, nicht der Mensch (Christoph Butterwegge).

Im Zuge des neoliberalen Umbaus der Bildungsinstitutionen verschärfen sich vor allem die Exklusionsrisiken für Kinder und Jugendliche – und erhöhen sich eben nicht die Inklusionspotentiale, unabhängig davon, wie viel Aufwand für eine politische Inklusionsrhetorik betrieben wird!

Insofern muss zu Recht von einer „Baustelle Inklusion“ gesprochen werden.

PROF BIRGIT HERTZ
Uni-Hannover